Donnerstag, 5. Januar 1922. **Einzelnummer 15 Mark.** 61. Jahrgang. **Nr. 4**

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4248, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.— M. Reklameteil 120.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der deutsch-polnische Schiedsgerichtshof.

Von Dr. U. Rukser, Rechtsanwalt in Berlin.

Nach Artikel 304 des Versailler Vertrages sind gewisse Streitigkeiten von dem deutsch-polnischen gemischten Schiedsgerichtshof zu entscheiden. Dieser Schiedsgerichtshof hat sich nunmehr gebildet und die für das Verfahren erforderliche Prozeßordnung beschlossen. Sie ist in französischem und deutschem Wortlaut nunmehr im Reichsgesetzblatt vom 23. Dezember v. Js. veröffentlicht. Vorsitzender des Schiedsgerichts ist der bekannte schweizerische Jurist **Moriaud**, deutscher Schiedsrichter der im internationalen Recht erfahrene Kammergerichtsrat **Scholz**, polnischer Schiedsrichter der angesehene polnische Appellationsgerichtsrat **Namitkiewicz**. Das Sekretariat des Schiedsgerichtshof befindet sich in Paris, Rue de Varenne 57. Die Sitzungsorte bestimmt der Präsident von Fall zu Fall. Bei der außerordentlichen Bedeutung, welche dieser Gerichtshof für die sich nach dem Friedensvertrage ergebenden Streitigkeiten erlangen wird, seien die wichtigsten Bestimmungen dieser Prozeßordnung kurz hervorgehoben.

Die sehr wichtige Frage der Zuständigkeit ist in der Weise geregelt, daß nach Artikel 3 der Prozeßordnung der Gerichtshof selbst über seine Zuständigkeit verbindlich entscheidet. Nach den Erfahrungen, welche bei den anderen Schiedsgerichten gemacht worden sind, ist damit zu rechnen, daß der Schiedsgerichtshof die Zuständigkeitsfragen möglichst ausdehnend interpretieren wird. Die amtliche Verhandlungssprache ist das Französische. Jedoch können die Parteien vereinbaren, daß es durch das Deutsche ersetzt wird, auch kann in gewissen Fällen die schriftliche Vorbereitung in Prozessen in deutscher Sprache erfolgen. Es darf angenommen werden, daß die größere Anzahl der Sachen tatsächlich in deutscher Sprache verhandelt wird, weil eine ausgiebige Heranziehung französischer oder schweizerischer Anwälte schon aus pekuniären Gründen nur selten möglich sein wird. Hält es eine Partei für ratsam, sich gleichwohl durch einen französischen Anwalt vertreten zu lassen, so muß nach den bisher an den anderen Schiedsgerichten gemachten Erfahrungen dringend empfohlen werden, daneben auch noch den deutschen Sachwalter zur Verhandlung zuzuziehen. Denn es hat sich herausgestellt, daß den französischen und schweizerischen Anwälten die tatsächlichen Verhältnisse, auf die es doch hier gerade sehr ankommt, in der Regel recht fern liegen und daß die speziellen Ausführungen von dem eingeweihten Sachwalter der Partei selbst vorgetragen werden müssen. Auch wird es nur in seltenen Fällen möglich sein, eine Sache etwa direkt durch Korrespondenz mit einem Pariser Anwalt hinreichend vorzubereiten, da dieser kaum in der Lage ist, sich schriftlich über die in Frage kommenden Verhältnisse zu orientieren. Daher kann den Parteien nur empfohlen werden, den Prozeß gemeinsam mit ihrem ständigen Sachwalter zu führen. Als Parteivertreter sind zugelassen die bei den Gerichten eines beliebigen Landes zugelassenen Rechtsanwälte, die juristischen Professoren und Privatdozenten, sowie andere diplomierte Juristen. Neben ihnen fungieren sogenannte Staatsvertreter. Sie haben eine ähnliche Stellung wie im Strafverfahren der Staatsanwaltschaft. Sie mußten eingesetzt werden, weil die Schiedsgerichtshöfe über zahlreiche allgemeine Auslegungsfragen des Friedensvertrages zu urteilen haben, an denen die beteiligten Staaten das denkbar größte Interesse haben (z. B. Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen!). In Ausnahmefällen ist es den Staatsvertretern gestattet, Privatparteien zu vertreten. Doch kann sich naturgemäß hier leicht ein Interessengegensatz zwischen der einzelnen Partei und dem Staate, dem sie angehören, insbesondere auf deutscher Seite herausbilden, weil oft zweifelhaft sein wird, ob eine Zahlungsverpflichtung die Privatpartei oder den Staat trifft.

Das **Verfahren** teilt sich in ein schriftliches und in ein mündliches. Die Einleitung des Rechtsstreits erfolgt zunächst durch schriftliche Klage, die grundsätzlich **binnen sechs Monaten seit dem Zeitpunkt einzureichen ist, an welchem der Kläger Kenntnis von der Tatsache erhalten hat welche seinen Anspruch begründet.**

In gewissen Fällen kann diese Frist verlängert werden, insbesondere ist hier an den Fall in Artikel 92 Absatz 4 zu denken; wenn nämlich dem Kläger die Tatsachen bekannt geworden sind, durch welche der Liquidationserlös seines Vermögens unbillig beeinflußt worden ist, so hat er binnen sechs Monaten seit dieser Kenntnis Klage zu erheben. Ueber den **Inhalt der Klage** enthält der Prozeßordnung genaue Vorschriften. Die Klagebeantwortungen und folgenden Schriftsätze müssen innerhalb bestimmter Fristen gewechselt werden. Für die **Klagebeantwortung** gilt der Grundsatz der **Eventualmaxime**, d. h. der Beklagte muß sämtliche Einreden, wenn er gegen den Klageanspruch geltend macht, schon in der Klagebeantwortung sofort vorbringen, ein nachträglicher Vortrag hat den Verlust der Einrede zur Folge. Widerklage ist unzulässig. Nach genügender schriftlicher Behandlung macht sich der Gerichtshof darüber schlüssig, ob er mündliche Verhandlungen anberaumt oder auf Grund der Schriftsätze entscheiden will. In jedem Falle bedeutet dieser Abschluß des mündlichen Verfahrens auch den Abschluß der materiellen Erörterungen, neue Beweismittel werden nach Schluß des schriftlichen Verfahrens nur in Ausnahmefällen zugelassen. Beschließt der Gerichtshof Beweis zu erheben, so kann er dies in einer ihm gutscheinenden Weise vornehmen. Die Prozeßordnung enthält hierüber nur einige allgemeine Bestimmungen, welche Gemeingut aller Prozeßordnungen sind. Nach dem Schluß des schriftlichen Verfahrens oder einer etwa angeordneten Beweiserhebung findet der Spruchtermin statt. In diesem stellen die Parteien und Staatsvertreter ihre Anträge nebst Begründungen. Auf Grund dieser Verhandlung erfolgen die Beratung und Verkündung des Urteils. Die Urteile werden in der amtlichen Sammlung sämtlicher Schiedsgerichtshöfe, von der bereits mehrere Hefte erschienen sind, abgedruckt. Damit wird eine gewisse Einheitlichkeit der Rechtsprechung erstrebt. Die Kosten des Verfahrens sind natürlich erheblich. Dies ergibt sich schon daraus, daß jeder Kläger, der nicht das Armenrecht besitzt, bei Einreichung der Klage 100 Franks französischer Währung und 1 vom Tausend der Streitsumme, insgesamt aber höchstens 5000 Franks französischer Währung binnen einer vom Präsidenten zu bestimmenden Frist zu hinterlegen hat. Diese Summe wird dem Kläger nur dann zurückerstattet, wenn der Gerichtshof dies ausdrücklich bestimmt, doch kann der Beklagte verurteilt werden, sie ihm ganz oder teilweise zu erstatten. Neben diesem Hauptverfahren ist ein sogenanntes Sicherungsverfahren eingerichtet, welches dem deutschen Arrest oder der einstweiligen Verfügung entspricht. **Gegen die Urteile des Schiedsgerichtshofs gibt es keinerlei Berufung**, sie sind daher für sämtliche Beteiligten bindend. Doch kann unter gewissen Umständen eine Berichtigung des Urteils oder eine Wiederaufnahme des Verfahrens erfolgen. Damit ist natürlich dem Schiedsgericht eine erhebliche Freiheit gegeben. Dies kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß in der Prozeßordnung das Schiedsgericht sich ausdrücklich vorbehalten hat, in außergewöhnlichen Fällen von der Prozeßordnung abzuweichen, wenn Gerechtigkeit und Billigkeit diese Abweichung erfordern.

In diesem Zusammenhang muß auf das materielle Recht, nach welchem der Schiedsgerichtshof zu entscheiden hat, hingewiesen werden. Als oberster Grundsatz gilt hier, daß die Entscheidung nach Billigkeit zu erfolgen habe. Daher halten sich die Schiedsgerichtshöfe nicht an die Vorschriften irgend eines geltenden Rechtssystems gebunden. Mithin wird es niemals mit rein juristischen Erwägungen und Gründen getan sein, vielmehr werden gerade Billigkeitserwägungen eine außerordentliche Rolle spielen. Daß dies indessen eine gefährliche Basis für ein Gericht werden kann, liegt auf der Hand. Gleichwohl enthebt diese grundsätzliche Regelung den Juristen nicht der Notwendigkeit zu prüfen, welches Recht nach den Vorschriften des Internationalen Privatrechts auf den einzelnen Streitfall anzuwenden sei, ob das Deutsche, das Kongreß-Französische usw. Erst wenn hierüber Klarheit erbracht ist, wird der Schiedsgerichtshof in der Lage sein, ob die danach resultierenden Ergebnisse der Billigkeit entsprechen oder nicht. Nach diesen Grundsätzen wird auch die Auslegung des Friedensvertrages erfolgen, der ja die einzige materielle Unterlage für die Tätigkeit des Schiedsgerichts überhaupt ist. Die bedeutendste Rolle hierbei wird Artikel 297 spielen, welcher die Liquidationsfrage regelt, sowie die Ansprüche derjenigen Personen, welche in Kongreß-Polen während der Okkupation durch deutsche Kriegsmaßnahmen geschädigt worden sind. Ferner die aus den Vertragsverträgen sich ergebenden Streitigkeiten des Artikels 299 die Lizenzverträge des Art. 310 und ähnliches. Wegen der Einzelheiten in dieser Beziehung sei auf die Darstellung in meinem Buche — „Die Rechtsstellung der Deutschen in Polen“ — verwiesen.

Ende des Eisenbahnerstreiks in Deutschland

Berlin, 4. Januar. Zwischen der Regierung und den Eisenbahnern kam es zu einer vorläufigen Verständigung, die dazu führte, daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde. In Breslau erreichte der Ausstand am Montag sein Ende, in Berlin am Dienstag. Der Verkehr nimmt allmählich wieder seine gewöhnliche Gestalt an.

Eine hochpolitische Neujahrsrede Massaryks.

Prag, 4. Januar. Während des Empfanges am Neujahrstage hielt der Präsident Massaryk eine große politische Ansprache, in der er erklärte, daß die auf die kleine Entente die die Hüterin der Friedensverträge sei, gesetzten Hoffnungen vollkommen berechtigt seien. Der Präsident bemerkte, daß die größte Sorge der gegenwärtigen Politik der **Wiederaufbau Rußlands** sei. Er ist notwendig zur Wiederherstellung des Gleichgewichts der Weltwirtschaft. Ueber die Beziehungen zu Deutschland stellte der Präsident fest, daß Tschechien welches ebenso während des Weltkrieges und noch später Deutschland feindlich gegenüberstand, gegenwärtig **mit Deutschland in Eintracht und Frieden zu leben wünscht.** Die Tschechoslowakei **wünscht Deutschlands möglichst schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbau.** Ueber die tschechische Armee sagte der Präsident, daß sie die beste Sicherung des Friedens biete, was aber nicht bedeute, daß die Tschechen Militaristen seien. Die empfindlichste Frage der **tschechischen Innenpolitik**, deren Regelung eine der Grundlagen des staatlichen Wohls sein wird ist die Frage **der deutschen Tschechen.** Hier ist eine **Aenderung in der Taktik beider Parteien vonnöten** zur Ermöglichung eines friedlichen Zusammenlebens. Nach den Ansichten etlicher Politiker wird die Tschechoslowakei in nationaler Hinsicht eine zweite **Schweiz** werden. Der Präsident hält jedoch daran fest, daß es praktischer wäre, dem Beispiel **Belgiens** zu folgen.

Die ergebnislose Abrüstungskonferenz.

Sämtliche Meldungen aus Washington weisen darauf hin, daß die **Unterseebootfrage** dort nicht erledigt werden wird. Auch die Frage der **Hilfsschiffe** wird auf der gegenwärtigen Konferenz wahrscheinlich nicht gelöst werden. Es verlautet sogar, daß selbst die bereits gelöste Frage der **Tonnage der Großkampfschiffe** droht, noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt zu werden. Auf dem Gebiete der **Landabrüstung ist überhaupt nichts mehr zu erwarten.** Auch die **wirtschaftlichen und finanziellen Fragen**, die in Washington hätten besprochen werden sollen, nachdem die Abrüstungskonferenz beendet sein würde, dürften dort überhaupt nicht mehr zur Sprache kommen. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß die Konferenz von Washington **fast im Sande verlaufen** ist.

Dem „Berl. Tageblatt“ wird aus Washington gemeldet: Da die Amerikaner den Hughesschen Plan doch unter Dach bringen wollen, selbst wenn aus dem Abrüstungsvorschlag — wie Lord Lee zu verstehen gab — ein verkapptes Rüstungsprogramm werden sollte, muß auch die Grundlage des Projektes, nämlich das Verhältnis 5 : 5 : 3, neu erörtert werden. Die Amerikaner haben nicht soviel dagegen, als sie den Anschein zu erwecken versuchen. Unter sich erklären sie unverblümt, für die Union sei der **Hauptzweck** gewesen, **das englisch-japanische Bündnis zu sprengen.** Und diesen Zweck hätten sie durch das Zustandekommen des Viermächte-Abkommens **erreicht.** Der Hughessche Vorschlag war eine Heilsverkündung für die Welt. Es ist nicht Amerikas Schuld, wenn die Welt sie nicht vernehmen will. Amerika sei der letzte Staat, der ein unmittelbares Interesse an der Abrüstung besitze.

Das Viermächteabkommen.

Washington, 4. Januar. Aus Telegrammen, die in den letzten Tagen aus **Tokio** hier eingingen, geht hervor, daß die **japanische Presse** sich energisch der **Einschließung des japanischen Festlandes** in das sogenannte **Vier-Mächte-Abkommen** betreffend den Stillen Ozean **widersetzt**; Japan dürfte dieser Einschließung nicht zustimmen, solange das Festland der anderen Vertragsunterzeichner ausgenommen sei.

Englische Pressestimmen.

London, 4. Januar. Die Weigerung Frankreichs auf der Washingtoner Konferenz, die Tonnage seiner U-Boote zu vermindern, erregt hier Aufsehen. „**Daily Chronicle**“ schreibt in einem „Frankreich als Friedensbrecher“ überschriebenen Artikel: Der eigensüchtige Militarismus Frankreichs hat einen großen Teil der Hoffnungen der Welt auf Verminderung der Ausgaben für Rüstungen zur See und auf Beseitigung der Gefahren des Rüstungswettbewerbes zum Scheitern gebracht. Frankreich hat in Washington dieselbe Rolle gespielt wie Deutschland seinerzeit auf der Haager Konferenz. **Diese Frage berührt die Grundlage des englisch-französischen Zusammenwirkens.** Großbritannien kann unmöglich weitere finanzielle Opfer bringen, wenn Frankreich das so erhaltene Geld zum Bau von U-Booten gegen den Frieden der Welt verwendet. Keine Nation, auch Frankreich nicht, kann die Zuneigung Englands besitzen, wenn sie fortfährt, gegen die Sicherheit Englands, gegen die Freiheit Europas und gegen den Frieden der Welt Komplotte zu schmieden. „**Westminster Gazette**“ weist darauf hin, daß **Balfour** sagte, ihn berührte der **Beschluß Frankreichs**, seine Stellung aufrechtzuerhalten, **unsagbar schmerzlich**. Das Blatt sieht aus der Haltung Frankreichs **ernste Folgen** für Frankreich, England und der ganzen Welt entstehen. Die Washingtoner Konferenz werde nun wenigstens zu einem Zusammenschluß der englisch sprechenden Völker führen. Auch der Berichterstatter der „**Morningpost**“ weist auf die Möglichkeit hin, daß Frankreich versuchen könne, einen Ausgleich mit England über die gegenwärtig zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen herbeizuführen und dabei die U-Boot-Frage als Druckmittel zu benutzen.

Der Schluß der Washingtoner Konferenz.

London 4. Januar. Das Reuterbureau erfährt aus Washington, daß die Washingtoner Konferenz sich ihrem Ende nähere. Es werden noch zwei Vollsitzungen stattfinden. Die eine wird sich mit den Meeresfragen, die andere mit den Angelegenheiten des fernen Ostens und mit noch unerledigten Fragen beschäftigen. Wahrscheinlich wird der 14. Januar der Schlußtermin der Konferenz sein.

Die Beratungen in Cannes.

London 4. Januar. Die englisch-französische Abordnung ist vollzählig in Cannes eingetroffen. Für heute wird die Ankunft der belgischen und der japanischen Abordnung erwartet. Die Beratungen werden **voraussichtlich zehn Tage dauern.** Briand und Lloyd George sollen heute und morgen in vertraulicher Unterredung das Programm der ganzen Konferenz festsetzen. Das Gerücht, daß **Rathenau** heute in Cannes eintrifft, bestätigt sich, doch soll sein Aufenthalt hier rein privaten Charakter haben.

Der offizielle Beginn der Beratungen.

Paris, 4. Januar. Nach einer Meldung des „Temps“ werden Briand und Lloyd George am Mittwoch und am Donnerstag verliche Vorbesprechungen abhalten. Die **erste offizielle Sitzung** des Obersten Rates findet am **Freitag**, dem 6. Januar statt.

Der Wiederaufbau Europas.

Eine internationale Kreditbeschaffungsgesellschaft.

Paris, 4. Januar. Die einleitende Wirtschaftskonferenz hat bezüglich der Form und Tätigkeit der **internationalen Gesellschaft**, die sich mit der **Kreditbeschaffung** für den **Wiederaufbau Europas** befassen soll einen **Beschluß** gefaßt. Die Gesellschaft wird durch **Zusammenfassung privater Unternehmungen** geschaffen werden und sich u. a. mit der **Sanierung der Verkehrsverhältnisse** in den **neuerstandenen Staaten** befassen. Die geplante Gesellschaft wird über ein **Kapital von 20 Millionen Pfund Sterling** verfügen.

Der Wiederaufbau Rußlands.

Paris, 4. Januar. Der „Temps“ bespricht die Bildung eines **Konsortiums für den Wiederaufbau Rußlands** und die Aufnahme von Handelsbeziehungen zu Rußland und schließt mit folgenden Worten: „Mehrere Zeichen deuten darauf hin, daß hinter dem bolschewistischen Staat ein neues Rußland schlummert, welches im Verlaufe der letzten Jahre inmitten großer Leiden in der Entwicklung begriffen gewesen ist und das früher oder später seinen Platz in der Welt behaupten wird. Die **Sowjetregierung**, so groß auch ihre Verbrechen sein mögen, ist ja doch **die einzige Macht**,

welche gegenwärtig die Nationalpolitik Rußlands führen kann. In dem Maße, wie es diese Politik, die nationale Unabhängigkeit zu erhalten, führt, handelt es im Namen des ganzen russischen Volkes. So kann denn auch kein Volk, welches mit dem kommenden Rußland in Freundschaft leben will, seine Forderungen nicht anerkennen oder mißachten. Wir können uns nicht denken, daß sich die Franzosen zu irgend einem Finanzunternehmen oder irgend einer anderen Handlung entschließen könnten, die den Zweck haben sollte, dem russischen Volke seinen Schutz zu versagen oder zum Schaden seiner Zukunft tätig zu sein."

Briand für eine englisch-französische Verständigung.

London, 4. Januar. Der Pariser Vertreter der „Daily Mail" teilt den Inhalt der Unterredung mit, die er mit Briand vor dessen Abreise nach Cannes führte. Der französische Ministerpräsident war der Ansicht, daß die Sicherheit Frankreichs in jeder Beziehung der Schlüssel zur europäischen Lage sei. Briand betonte auch die Notwendigkeit, Frankreich der eigenen Stärke zu überlassen und selbst für die Garantien seiner Sicherheit besonders solchen Faktoren, wie der russischen Zwei Millionen-Armee gegenüber zu sorgen. Briand ist ferner der Ansicht, daß der französische Vorschlag eines französisch-englischen Bündnisses, der nicht zu dem beabsichtigten Ergebnis führte, das beste Beispiel dafür sei, daß das französische Marineprogramm niemals gegen England gerichtet war und sein konnte. Briand sieht in der französisch-englischen Verständigung den Schwerpunkt aller internationalen Verträge und die beste Grundlage für einen erfolgreichen und dauernden Wiederaufbau Europas.

Die Wilnaer Frage.

Die litauische Regierung an den Völkerbundsrat.

Der vorläufige Bevollmächtigte des litauischen Auslandsministers, Klimas, hat im Zusammenhang mit den Wilnaer Sejmwahlen an den Vorsitzenden des Völkerbundrates ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Herr Präsident! Am 16. November hat der Warschauer Sejm auf den Vorschlag der polnischen Regierung den Beschluß gefaßt, im strittigen Gebiet von Wilna so schnell wie möglich Wahlen zum Sejm auszuschreiben, der über das Schicksal des Landes entscheiden würde. Sich auf diese Resolution stützend, hat der General Żeligowski am 30. November ein Dekret betreffs der Sejmwahlen am 8. Januar 1922 erlassen. Dieser Sejm wird gewissermaßen eine Berufung auf den Volkswillen sein. Wir stellen fest, daß 1. ein großes Referendum nur bei vollkommener Wahlfreiheit zustande kommen kann, wie es in der Resolution des Völkerbundrates vom 28. September 1920 bestimmt worden war, 2. daß eine Berufung auf den Volkswillen in der Zeit der Okkupation als Fortdauer des Druckes angesehen werden kann; 3. daß das polnische Militär schon seit mehr als zwei Jahren das Wilnaer Gebiet im Besitz hat; 4. daß die Verwaltung des Landes sich vollkommen in Händen der Okkupanten befindet; 5. daß die Demission des Generals Żeligowski an dem Stand der Dinge nichts ändert, da ja Meyształowicz, der Nachfolger Żeligowskis, in seinem offiziellen Manifest vom 1. Dezember erklärt, daß das Militär und auch die polnische Verwaltung wie bisher verbleiben; 6. daß die polnische Regierung einen wahren Terror gegenüber denjenigen Bewohnern angewandt hat, die nicht polnisch sprechen; 7. daß dadurch nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen vertrieben wurden, wie die Pogrome litauischer Institutionen in Wilna im Oktober v. Js. zeigten, sondern auch 8. die politischen und kulturellen Organisationen der Weißrussen zerstört wurden; 9. daß die litauische und jüdische Presse unter der Last der Okkupation niemals Freiheit hatte; 10. daß keine Möglichkeit besteht, irgendwelche Propaganda zugunsten Litauens zu treiben; 11. daß im Gegenteil die Propaganda gegen Litauen nicht nur ganz frei und offen, sondern mit Hilfe von zu diesem Zwecke gegründeten Organisationen geführt wird, welche durch die Verwaltung und die polnische Geistlichkeit unterstützt werden, wie z. B. der „Landesverteidigungsverband", der „Verband zur Wahrung des Volkswillens", die „Kongreßpolnische Wehr" und andere; 12. daß die ausgeschriebenen und jetzt vorbereiteten Wahlen zum Sejm unter Umständen stattfinden, daß die Fälschung des Volkswillens offenbar ist. Demgegenüber protestiert die Regierung der litauischen Republik energisch gegen alle Bemühungen der polnischen Regierung, die Wilnaer Frage einseitig zu lösen, die Symptome des Volkswillens im strittigen Gebiet fälschend, und erklärt schon von vornherein, daß, wenn auch der Sejm zustande kommt, die litauische Regierung ihn doch als jeden Wertes entbehrend ansehen würde."

Der italienisch-südslawische Konflikt.

Bordeaux 4. Januar. Der „Matin" meldet, daß die südslawische Regierung sich an den Obersten Rat gewandt habe mit der Bitte um seine Intervention zur Beilegung des Konfliktes zwischen Südslawien und Italien. Der „Matin" schreibt, Frankreichs Aufgabe würde es sein, eine Vermittlungsaktion in dieser Angelegenheit in die Wege zu leiten.

Rom, 4. Januar. Infolge der neuen Demonstrationen in Sebenico, Spalato und Agram wurden Kriegsschiffe nach den dalmatinischen Häfen geschickt.

Sowjetrußland.

Die Hungersnot.

Riga, 4. Januar. Die Sitzung des Sowjetkongresses am 25. Dezember war den Berichten über die Hilfsaktion für die Hungernden gewidmet. Der Vorsitzende des Kongresses, Kalinin, wies darauf hin, daß zur Frühjahrsaussaat für die von der Hungersnot betroffenen Provinzen 45 Millionen Pud Sämereien erforderlich sein würden. Der Volkskommissar für Landwirtschaft setzte angesichts der Unmöglichkeit, diese ganze Menge zu beschaffen und zu liefern, die Zahl auf 25 Millionen Pud herab. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob auch nur diese Zahl erreicht werden wird. Die bisher vom Auslande geleistete Hilfe bestand in der Übersendung von 2 780 000 Pud Lebensmitteln im Werte von insgesamt 49 Millionen Goldrubel. Nach Kalinin sprach der Vorsitzende des Vollzugsausschusses für das Gouvernement Samara, der die Lage in diesem Gouvernement außerordentlich düster schilderte. Der Kongreß beauftragte den Zentralvollzugsausschuß, die Hilfsaktion für die Hungernden mit Anspannung aller Kräfte zu fördern und die für die Frühjahrsaussaat erforderliche Menge von Sämereien sicherzustellen.

Eine Entschließung des Sowjetkongresses.

Moskau, 4. Januar. Der neunte allrussische Sowjetkongreß faßte folgende Entschließung: „Der allrussische Kongreß wird künftig einmal jährlich einberufen werden, der Hauptvollzugsausschuß tritt dreimal im Jahre zusammen. Die Kongresse der selbständigen Territorien, Provinzen und Bezirke werden einmal im Jahre stattfinden."

Rußland und die Tschechoslowakai.

Prag, 4. Januar. Es wird erwartet, daß im Laufe dieses Monats der Handelsvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Rußland zum Abschluß kommt. Die tschechische Regierung hat der russischen Abordnung versichert, daß der tschechisch-russische Vertrag nichts enthalten wird, was die Interessen Sowjetrußlands schädigen oder bedrohen könnte.

Ein russisch-amerikanisches Abkommen.

London 4. Januar. Es sind Gerüchte verbreitet, wonach es zwischen Krassin und Brown, dem Präsidenten des amerikanischen Hilfskomitees für Rußland zu einer Vereinbarung gekommen ist, auf Grund deren die Sowjetrepublik in Amerika Lebensmittel für die Summe von 10 Millionen Dollar in Gold kaufen kann. Das Gold soll durch die Sowjetregierung direkt nach Neuyork übermittelt werden.

Eine indische Republik.

London 4. Januar. Bei der Eröffnung des diesjährigen Kongresses des Bundes indischer Mohammedaner in Allahabad kündigte der Vorsitzende die Ausrufung der indischen Republik an und rief zur tätigen Beteiligung an der Bewegung zur Befreiung aller indischen Gebiete von der Fremdherrschaft auf.

Irland will ratifizieren.

London, 4. Januar. „Central News" berichtet, daß das irische Parlament in geheimer Sitzung beschlossen hat, den englisch-irischen Vertrag zu ratifizieren.

Republik Polen.

† **Militärische Ernennungen.** Zu Vertretern des Chefs des Generalstabs wurden ernannt: als erster Vertreter der Oberst Józef Rybak, als zweiter der Oberst Tomasz Piskor.

† **Die Kosten des Wiederaufbaus.** Der „Przegląd Wieczorny" erfährt aus maßgebender Quelle, daß zum Wiederaufbau des Landes bis zum 31. Dezember v. Js. die Summe von 7 989 000 000 Mark nötig gewesen ist. Nach Angaben des Ministeriums für öffentliche Arbeiten wurden bisher im ganzen 30 v. H. der vernichteten Gebäude aufgebaut.

† **Bahnverbindung Polen—Tschechoslowakei.** Die Lemberger Eisenbahndirektion hat den Bau der Eisenbahnstrecke Łupków—Ławoczne beendet, und in der nächsten Zeit wird die Eisenbahnverbindung Lembergs mit der Tschechoslowakei mit Hilfe dieser Linie eröffnet werden.

† **Die staatliche Körperschaft der Tierärzte.** Das Ministerium für Landwirtschaft und Staatsdomänen teilt unter dem 2. d. Mts. mit: Am 12., 13. und 14. Dezember 1921 fand im Ministerium für Landwirtschaft und Staatsdomänen die erste Sitzung des staatlichen Veterinärrats statt, der in der Organisation des Veterinärdienstes das höchste ausschlaggebende Organ im Ministerium für Landwirtschaft und staatliche Güter darstellt.

† **Milzbrand.** Das Ministerium für Landwirtschaft und Staatsdomänen teilt mit: Im Verlaufe des Novembers gelang es, den Milzbrand in 23 Ortschaften zu beseitigen; neu festgestellt wurden 8 Herde. Im allgemeinen betrug die Zahl der von der Seuche betroffenen Ortschaften in diesem Monat 62, die Zahl der erkrankten und pestverdächtigen Tiere 53, getötet wurden 24, es verendeten 21, gesundet sind 6, geimpft wurden 43 156 Tiere, hiervon mit Rohlymphe 336, durch kombinierte Methode 3973 Tiere. Von Beginn des Seuchenausbruchs bis zum 1. Dezember erkrankten 13 058 Tiere, getötet wurden 5662, es verendeten 5163, geimpft mit Rohlymphe wurden 43 689, durch kombinierte Methode 12 997 Tiere.

Deutsches Reich.

** **Seefischerei und Kohlenversorgung.** Von zuständiger Seite erhält die Tel.-Union folgende Ausführungen: Als im Zusammenhang mit dem Sturz des Markkurses gegen Ende Oktober und Anfang November die Preise für frische Seefische durch ausländische Aufkäufe bis zu noch nie erreichter Höhe getrieben waren, wurde die Ausfuhr für frische Seefische und andere Fischwaren gesperrt. Der Erfolg dieser Maßnahme war der, daß die Preise innerhalb weniger Tage auf ein erträgliches Niveau sanken. Wenn in den letzten Tagen die Seefischpreise wieder etwas angezogen haben, so wird das von den Fischereikreisen vielfach mit dem Mangel an Bunkerkohle für die Fischdampfer erklärt. Die beteiligten Reichsstellen tun alles, um die Kohlenversorgung für die Fischerei günstiger zu gestalten. Um so bedauerlicher aber ist es, daß ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Fischdampfer, die mit den wenigen zur Verfügung stehenden Bunkerkohlen versorgt wurden, ihre Fänge in Holland gelöscht haben. Von seiten der Regierung wird diesem Mißbrauch mit der deutschen Bunkerkohle durch Sperrung des Kohlenbezuges entgegengetreten werden.

Aus der polnischen Presse.

Die christliche Demokratie und die Nationaldemokratie. Das Organ der christlichen Demokratie, der „Postęp", kritisiert in seiner Neujahrsnummer die nationaldemokratische Partei. Er schreibt zu Beginn: „Die Nationaldemokratie, der man große Verdienste nicht absprechen kann, hat sich schon überlebt oder ist noch nicht zu neuen Aufgaben herangereift. Hier handelt es sich vor allen Dingen um das politische Programm der Nationaldemokraten. Noch zur Zeit der Knechtschaft haben die Führer der Nationaldemokratie auf die großen Ideen, die für ihre Väter heilig waren, verzichtet. Die Geschichte verstehen sie nur einseitig, mit der geographischen Lage rechnen sie gar nicht, und auf die Wirklichkeit schauen sie wahrscheinlich wie die Sozialisten durch graue und verkleinernde Gläser. Der Weltkrieg hat es auch nicht vermocht, ihnen die Augen über die begangenen Fehler und erkannten Wahrheiten zu öffnen." Auf diese Weise die Gedankengänge der erwähnten Partei charakterisierend, geht der „Postęp" zu ihrer Taktik über und schreibt: „Die Nationaldemokratie hält mit einem Eifer, der einer besseren Sache wert ist, an einer verlorenen Stellung fest und hat es nicht im geringsten vermocht, aus dem schädlichen Walten der Linken für sich politisches Kapital zu schlagen; aber zusammen mit ihr beginnt sie in der öffentlichen Meinung unterzutauchen. Es ist noch genügend in Erinnerung, wie während der Beratungen über die Konstitution ein Häuflein von linksstehenden Terroristen, die Unantastbarkeit der Abgeordneten mißbrauchend, mit pöbelhaften Worten auf den Lippen, es vermocht hatte, die Rechte einzuschüchtern, wie zahlreiche Vertreter eben dieser Rechten während der weiteren Beratungen über die Konstitution fortwährend schwankten, wie sie teilweise der Überredung der jüdischen Abgeordneten unterlagen und gegen die Konfessionsschulen stimmten. Und erst während der Rigaer Verhandlungen! Dort verbrüderte sich der Vertreter der Nationaldemokratie, Professor Stanisław Grabski, soweit mit den Sozialdemokraten und den Witosleuten, den Verkleinerern des Vaterlandes, daß er seinen Triumph als seinen eigenen Sieg betrachtete und die schwere Verantwortung, Millionen seiner Landsleute im Stich zu lassen, auf sich nahm."

Dazu schreibt der „Dziennik Pozn.": „Wir sind der Meinung, daß die Kritik sehr scharf sein und sich doch von Animosität frei halten kann. Das Auftreten der christlichdemokratischen Presse steht übrigens im Widerspruch zu der Politik des christlichdemokratischen Klubs im Sejm, der die Taktik des nationalen Volksverbandes dauernd unterstützt und bei vielen Gelegenheiten so hervortritt, als ob er in engstem Einvernehmen mit ihm handele und dazu ausersehen sei, gewisse Angelegenheiten hervorzukehren, die besser durch den nationalen Volksverband als einzigen Beauftragten erledigt werden könnten. Ebenso schwer ist es, einen Unterschied zwischen der christlichdemokratischen Presse und den Blättern des nationalen Volksverbandes herauszulesen. Während der Stadtverordnetenwahlen in Posen hat das Organ der Mietervereinigung erklärt, daß der Kampf zwischen der Nationaldemokratie und der christlichen Demokratie nur anscheinend sei, und daß

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(36. Fortsetzung.)

Unter dem fortgesetzten Geschrei Lipps wurden die Stiefel untersucht.

Man fand in dem einen Banknoten im Werte von 2030 Kronen.

„So! Was sagt Ihr dazu, Knotzen-Lipp?"

„Es gehört mir! Alles gehört mir!" kreischte Lipp aufgeregt. „Er hat's wollen ins Wasser werfen und ich hab's noch gefangen! Es gehört mir! Kein Mensch darf mir's streitig machen!"

„Wer hat das Geld ins Wasser werfen wollen?"

„Einer, den ich nicht erkannt hab'! Mitten in der Nacht ist er dagestanden am Ebentaler Teich —"

„Wann?"

„Na, dazumal halt, wie ich Krebse gefangen hab' dort! Wird vielleicht der Teufel gewesen sein . . . ich weiß es nicht! Aber das Geld gehört mir! Er hat alles schön auf ein Packerl zusammengemacht gehabt und hat's ins Wasser werfen wollen. Aber im Schilf ist's halt hängen geblieben, da bin ich nach und hab's noch erwischt —"

„Wie soll denn der Mann ausgeschaut haben, der das Paket ins Wasser warf?"

„Das weiß ich nicht. Ich hab' mir 'n nicht weiter angeschaut. Nachher war er schon weg. Aber das Geld gehört mir!"

„Schon gut. Das können Sie dem Herrn Untersuchungsrichter erzählen. Jetzt kommen Sie mit uns."

„Aber das Geld —"

„Nehmen wir mit!"

„Nachher ist's recht! Wohin gehen wir denn?" fragte Lipp neugierig.

Die Anwesenden sahen einander erstaunt an. War das Komödie oder —?

„Eingesperrt wirst! Wirst schon wissen, warum!" sagte der Taglöhner Steiner empört.

Lipp starrte ihn mit blödem Grinsen an.

„Ich? Ja, warum denn?"

„Willst es vielleicht leugnen, daß Du den alten Brintner umgebracht hast?"

Lipps Augen wanderten in der Stube umher und blieben an dem geleerten Kochtopf am Herde hängen. Es war ein unruhiges Flimmern in ihnen.

„Hungrig bin ich soviel!" sagte er plötzlich. „Erst essen! Erst essen!"

Herr Weiblin hatte inzwischen mit Frau Steiner gesprochen, die ihm hastig ihre Wahrnehmungen aus der letzten Zeit mitteilte.

Jetzt sagte er barsch:

„Vorwärts! Im Arrest wird man Ihnen zu essen geben. Jetzt ist keine Zeit dazu."

Lipp drängte sich vertraulich an ihn.

„Ist's war? Krieg' ich dort zu essen?"

„Na, freilich. Dreimal am Tag noch dazu!"

„Fleisch auch?"

„Ja."

„Hui, da geh' ich schon mit!" schrie Lipp. „Dreimal im Tag essen und gar Fleisch! Dann wohl! Dann wohl!" An der Tür blieb er noch einmal stehen.

„Haben Sie wohl mein Geld mit, Herr Gendarm?"

„Ja. Vorwärts!"

Unterwegs stellte Lipp unaufhörlich Fragen, und schien immer befriedigter über das, was er hörte.

„Wie lange darf ich denn bleiben bei Euch drin?" fragte er zuletzt.

Die Gendarmen lachten. Einen solchen Gefangenen hatten sie noch nicht transportiert.

„Das wird schon hübsch lange dauern! Jedenfalls bis Ihre Schuld oder Unschuld erwiesen ist."

Als er in die Zelle geführt wurde, sagte Weiblin zu dem Aufseher: „Lassen Sie ihm gleich etwas zu essen geben. Er soll seit Wochen kaum etwas Ordentliches in den Magen bekommen haben und könnte nachher beim Verhör vielleicht nicht aushalten."

Lipp machte große Augen, als er sich in der Zelle umsah. Ein richtiges Bett mit Decke —? Dreimal essen täglich und alles das umsonst? So gut war es ihm noch nie im Leben ergangen.

Als er eine Stunde später, leidlich gesättigt vor dem Untersuchungsrichter stand und gefragt wurde, ob er sich schuldig bekenne, den alten Brintner ermordet zu haben, antwortete er sehr nachdrücklich: „Ja, freilich! Wer denn sonst?"

„Haben Sie's allein getan?"

„Natürlich! Ganz allein!"

„Erzählen Sie, wie das zugegangen ist."

Lipp sah grinsend vor sich hin und kratzte sich hinter den Ohren.

„Da kann ich mich halt nicht mehr erinnern drauf. Umgebracht habe ich ihn halt."

„Warum denn?"

„Das weiß ich nicht mehr. Grob war er halt mit mir!"

„Wie sind Sie denn zu ihm hineingekommen?"

„Durchs Fenster."

„Hat er sich gewehrt?"

„Na, freilich."

„Davon stammen wohl die Kratzwunden an ihren Händen?"

„Kann schon sein."

„Und das Geld und die Uhr, die man bei Ihnen fand? Sie haben behauptet, ein Unbekannter hätte sie in den Teich werfen wollen!"

„Ah nein. Das war ja nur so geredet. Aber mir gehört es jetzt."

(Fortsetzung folgt.)

die letztere, welche aus der Nationaldemokratie hervorgegangen ist, auf diese Weise die Taktik verfolge, getrennt zu marschieren, aber vereint zu schlagen. Wenn das auf Wahrheit beruht, dann würde ein solches Vorgehen dem Nationalen Volksverband bei den Sejmwahlen bedeutende Vorteile bringen. Viele von denen, die ihre Stimme ungern dem Nationalen Volksverband geben würden, würden für die Christlichdemokraten stimmen, und das Ergebnis wäre eine Stärkung des mit den Christlichdemokraten Hand in Hand gehenden Nationalen Volksverbandes im Sejm."

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 4. Januar.

Deutsche Wähler des Kreises Posen-Ost!

Wahl zum Kreistage für den Wahlbezirk Prämnitz:

am Freitag dem 6. Januar 1922, von 1—5 Uhr.

Wählt die deutsche Liste Karol Peschel!

Wahllokale: Pfarrsaal Owinsk für die Ortschaften Owinsk mit Vorwerken, Anstalt Owinsk, Bolechówko, Miękowo und Potasze wieś;

Schule Bolechowo für die Ortschaften: Gutsbezirk Bolechowo, Gemeinde Bolechowo, Trzaskowo, Szlachęcin und Promnice;

Schule Koziegłowy für die Ortschaften: Czerwonak, Czerwonczyń und Koziegłowy;

Schule Radojewo für die Ortschaften: Radojewo Gutsbezirk, Radojewo Gemeinde, Umółtowo, Nowawieś dolna, Nowawieś górna;

Propsteisaal Chojnicy für die Ortschaften: Chojnica, Biedruska, Morasko, Gliniemko, Glino, Łagiewniki Gutsbezirk und Dorf Łagiewniki;

Katholische Schule Chludowo für die Ortschaft Chludowo

Für den Wahlbezirk Winiary.

Die Wahl fällt aus, da eine deutsche Liste nicht anerkannt worden ist.

Für den Wahlbezirk Starolenka (Luisenhain).

Die deutsche Liste ist gestrichen. Uebt Stimmenthaltung!

Für den Wahlbezirk Usarzewo.

Am Freitag, den 6. Januar 1922 von 1 Uhr bis 7 Uhr nachm. Wählt die deutsche Liste Paweł Wiesner!

Wahllokal: Schule Wierzenica für die Ortschaften: Janikowo, Kicin, Gortatowo, Kliny, Sarbinowo, Lowęcin, Paczkowo, Sokolniki, Kobylnica, Dębogóra, Tuczno, Skorzęcin, Barcinek, Usarzewo, Góra, Biskupice, Jerzykowo, Gorzkiepole, Promienko, Jankowo, Bugaj, Bruszewice sowie für die Gutsbezirke Usarzewo, Puszczykowo, Zaborze, Gwiazdowo, Wierzenica i Wierzonka mit Milo, Ludwikowo und Karlowicy.

Für den Wahlbezirk Pobiedziska.

Die Wahl fällt aus, da eine deutsche Liste nicht anerkannt worden ist.

Für den Wahlbezirk Kobylepole:

am 6. Januar 1922. Wählt die deutsche Liste Sarrazin, Ignacy! Wahllokal: Gasthaus Krych in Kobylepole von 11 bis 6 Uhr für die Ortschaften: Spławie Dorf und Gutsbezirk, Kobylepole Dorf und Gutsbezirk, Głowieniec, Bogucin, Marlewo, Krzesinek und Schwersenz Försterei;

Katholische Schule in Rataj von 11 bis 6 Uhr für die Ortschaften: Rataje, Chartowo und Komandorja.

Katholische Schule im Dorf Schwersenz von 10 bis 5 Uhr für die Ortschaften: Garby, Zalasewo, Rabowice, Jasin, Nowawieś, Zieliniec, Zieliniec, Dorf und Dominium Schwersenz, Gruszczyn, Nowy Dwór Dominium und Gutsbezirk Kruszewnia.

Wir erwarten von allen Volksgenossen, daß sie die Parole befolgen und daß jeder Stimmberechtigte, ob Mann, ob Frau, in den drei Wahlbezirken Praemnitz, Usarzewo und Kobylepole zur Wahlurne eilt.

Der deutsche Wahlausschuß.

Die Militärwerkstätten in Posen. Am Montag, dem 2. d. Mts. besichtigte der Minister des ehemaligen preußischen Teilgebiets in Begleitung des Vizeministers Wachowiak und der Departementsdirektoren Samulski und Wójk das Militärbekleidungsamt. Wie bekannt, erreichte es der Minister des ehemaligen preußischen Teilgebiets, daß eine ganze Reihe von militärischen Einrichtungen hier bleibt. Der Einspruch im Ministerrate ermöglicht auch die Weiterführung der Werkstätten im laufenden Jahre. Wie wir erfahren brachte der Minister des ehemaligen preußischen Teilgebiets in einer der letzten Sitzungen einen Antrag ein, dessen Annahme allen Werkstätten auch in Zukunft Existenz und Arbeit in Posen sichert.

Die hellen Zwanzig-Mark-Noten mit dem Bilde Kosciuszkos sind bekanntlich, seitdem am 31. Dezember der letzte Einlösungstag verstrichen war, ungültig, und als Geldzeichen wertlos. So ganz wertlos aber vielleicht doch noch nicht; denn aus einem gewissen Grunde könnten sie für Sammler Bedeutung haben. Dieser Grund liegt in einem Scherz, den sich der Zeichner mit dem Bilde Kosciuszkos erlaubt hat. Blickt man nämlich genauer hin auf das sogenannte Jabot des polnischen Nationalhelden, so entdeckt man darin unschwer und ziemlich deutlich einen Hundekopf, und kehrt man das Bild um, so sieht man ebenso deutlich einen niedlichen Katzenkopf. Das Ganze ist also ein Scherz nach Art der bekannten „Vexierbilder" und es kann kein Zweifel sein, daß dieser Scherz Absicht und nicht etwa ein Zufall der Linienführung gewesen ist. Ähnliche Zeichen- und Architektenscherze sind in der Kunstgeschichte schon früherer Jahrhunderte gar nicht selten und an so manchen altehrwürdigen Dombauten haben sich Architekten und Bildhauer, z. B. bei den Tierfiguren, die sie dort anbrachten, manche Scherze geleistet. — Die erwähnten polnischen 20 Mark-Scheine werden nun demnächst durch Verbrennung vernichtet werden und damit auf ewig verschwinden; aber vermutlich hat dieser oder jener „Sammler", denen der Zeichnerscherz bekannt war, noch einen oder mehrere Scheine zurückbehalten, die in Zukunft unter Umständen einen erheblich höheren als ihren Nennwert erreichen könnten.

Kulturelle Veranstaltungen des Ausschusses zur Pflege deutschen Geisteslebens. Das neue Jahr wird in der nächsten Zeit eine ganze Reihe von Veranstaltungen bringen, die über den Rahmen der bisherigen Darbietungen insofern herausragen, als es sich um Künstler und Vortragende aus Deutschland handelt. So sei bereits jetzt darauf hingewiesen, daß am Donnerstag, dem 12., Fräulein Maria Eucken, die Tochter des bekannten Philosophen, zusammen mit dem Pianisten Erwin Bodky einen Bach-Abend geben wird. Am 19. wird der in Valutafragen besonders bewährte Nationalökonom Schmidt-Essen einen volkswirtschaftlichen Vortrag halten und am Sonnabend, dem 21., die bekannte Sopranistin Lotte Leonard ein Konzert geben. Eintrittskarten zu der erstgenannten Veranstaltung sind bereits jetzt im Vorverkauf in der Evang. Vereinsbuchhandlung zu haben.

Deutsche Bücherei. Der Betrieb ist wieder aufgenommen worden und zwar ist die Bibliothek für die Ausleihe auf von 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr und 1/2 5—1/2 6 Uhr. Die Zeitschriften können während der Dienstzeit von 9—1 Uhr und Dienstag, Montag, Donnerstag und Freitag von 4—7 Uhr gelesen werden.

Künstlerische Volksspiele. Zu den am 6., abends 8 Uhr, im großen Saale des ev. Vereinshauses im Auftrage des Deutschtumsbundes veranstalteten künstlerischen Volksspielen sei mitgeteilt, daß die zur Ausführung gelangenden Stücke 1. „Das Spiel vom Sündenfall", ein altes Spiel aus Preßburg, das die Erschaffung des Menschen, den Sündenfall und seine Verstoßung aus dem Paradiese zum Gegenstand hat, ist. Als 2. wird das Mysterienspiel „Theophilus" gegeben werden, ein geistliches Schauspiel aus dem 13. Jahrhundert, das stofflich ein Vorläufer des Faust ist. Eintrittskarten zu 300, 200 und 100 Mk. sind im Vorverkauf in der Evang. Vereinsbuchhandlung zu haben.

Deutscher Theaterverein. Am Dienstag, dem 10. Januar wird im Saal des Zoologischen Gartens die Operette „Die Dollarprinzessin" wiederholt. Die Aufführung beginnt um 8 Uhr. Eintrittskarten sind in der Vereinsbuchhandlung zu haben.

Zeitschriften-Lesezirkel. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß von der Deutschen Bücherei sowohl für das Land als auch für die Stadt Posen je ein Zeitschriftenlesezirkel geplant ist. Auf die bisherige Aufforderung haben sich so wenig Teilnehmer gemeldet, daß beide Zirkel nicht möglich sein werden. Von verschiedenen Seiten ist immer wieder der Wunsch geäußert worden, die Zeitschriften bequemer zugänglich zu machen. Es sollten sich daher alle, die seinerzeit diese Wünsche geäußert haben, nun auch wirklich melden. Die Bedingungen, 600 M. für ein Vierteljahr bei 12 Zeitschriften monatlich, sind derartig günstig, wie es von privater Seite nicht sein kann. Anmeldungen sind an die Deutsche Bücherei, Poznań, ul. Zwierzyniecka 1 zu richten.

Deutschtumsbund. Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring).

× **Diebstähle.** Aus einer Wohnung des Hauses Rybaki 9 (fr. Fischerei) wurde eine dreikapselige goldene Uhr mit Kette im Werte von 100 000 M. durch Einbruch gestohlen. Die Uhr trägt innen die Inschrift: „Justizrat Salomon. Für treue Dienste 1. Dezember 1879. 1. Dezember 1904." — Aus einem Laden in Górna Wilda 44 (fr. Kronprinzenstr.) wurden nach dem Einschlagen der Schaufensterscheibe eine größere Menge Seife, Bürsten und andere Gegenstände im Werte von 36 000 M. gestohlen.

□ **Lissa i. P.,** 3. Januar. Man schreibt uns: Es dürfte noch nicht überall bekannt sein, daß außer in Posen und Bromberg auch in der alten Schulstadt Lissa ein deutsches Vollgymnasium besteht. Die Anstalt wird realgymnasial von Sexta bis Prima geführt, außerdem werden von Untersekunda ab humanistische Klassen in Parallelkursen abgewickelt. Wer also seinen Kindern eine vollwertige deutsche höhere Schulbildung bis zum Abiturium geben will, kann es auch in Polen, z. B. in Lissa, tun und braucht deswegen nicht abzuwandern. Das Lissaer Deutsche Realgymnasium besteht als Vollanstalt nun schon 1 1/2 Jahre. Mit einer Zahl von rund 200 Schülern (darunter 6 Schülerinnen) beweist es seine Lebensfähigkeit. Schon zweimal hat es eine Reifeprüfung für den Besuch einer deutschen bzw. polnischen Universität unter Vorsitz eines polnischen Regierungsvertreters abgehalten. Sämtliche zur Prüfung zugelassenen Kandidaten haben die Prüfung bestanden. Von den 11 ordentlichen Lehrkräften sind 9 Herren früher am staatlichen Gymnasium Lissa tätig gewesen. Jeder Unterrichtsgegenstand ist mit einem studierten Fachmann besetzt. Gesang und Musik werden durch einen gleichfalls akademisch gebildeten Musiklehrer unterrichtet. Bei aller strammen Zucht und ernsten Arbeit, die wir von unseren Schülern verlangen, lassen wir doch auch der Fröhlichkeit der Jugend ihr Recht. Vor allem aber erstreben wir ein Vertrauensverhältnis von Mensch zu Mensch. Wir sind der Meinung, daß wir nur dann von unseren Schülern eine gute und treue Leistung verlangen können, wenn wir selbst Vorbildliches leisten. Minderbemittelte würdige Schüler erhalten Freischule. Durch freundliche Stiftungen ist eine äußerst reichhaltige, gediegene Schülerbücherei entstanden. Der Selbsttätigkeit unserer Jungen ist Raum gegeben durch einen Schülerturnverein und Fußballklub, deren Leitung und Tätigkeit völlig in Händen der Schüler ruht. Die Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft sorgt durch Lichtbilder-, wissenschaftliche Vorträge und Konzerte für Anregung und Unterhaltung auch außerhalb der Schule. Seit 1. Mai 1921 ist unsere Anstalt in dem gesunden und geräumigen Evangelischen Gemeindehause untergebracht, in dem sich zugleich unser Internat für 25 auswärtige Schüler und das Geschäftszimmer des Deutschtumsbundes befinden. Alles Nähere ist zu erfahren durch den Leiter der Anstalt, Herrn Dr. Vinzent (Deutsches Gymnasium im Evangelischen Gemeindehause, Aleja Krasińskiego).

* **Neutomischel,** 3. Januar. Die Arbeitslosen von Neutomischel und Wonsowo veröffentlichen in der hiesigen Kreiszeitung folgende Danksagung: „Wir arbeitslosen Wegearbeiter sprechen hiermit dem Herrn Majoratsbesitzer von Hardt unseren aufrichtigsten Dank aus. So manche Familie wäre zu dem heiligen Feste ohne Brot gewesen, doch hat sich ein edles Herz gefunden und uns Arbeitslosen, meistens Familienvätern, jedem 1 Ztr. Roggen, den verheirateten 10 Ztr. und den ledigen 5 Ztr. Kartoffeln geschenkt. Von der Stadt Neutomischel sind 16 Mann und Wonsowo 27 Mann, die das Glück hatten, für heut noch so sehr Kostbares umsonst zu erhalten. Möge dieses Beispiel doch so manch anderm als Vorbild dienen, die nie etwas für den Armen übrig haben".

* **Güntergost,** 3. Januar. Dem deutschen Gemeindeschmied, der seine Pflicht viele Jahre treu erfüllt hat, ist gekündigt worden. — In der Umgegend ist ein Steinadler, der auf einem Baume saß, erlegt worden.

* **Inowrocław,** 31. Dezember. Eine Kindesleiche weiblichen Geschlechts wurde in der Nähe des Friedhofs am Wege nach Kopot gefunden. — Der Kreisausschuß hatte beschlossen die Hundesteuer wie folgt zu erhöhen: a) für einen Hofhund 50 Mk.; b) für einen Jagdhund 200 Mk.; c) für einen Stubenhund 500 Mk. jährlich. Dieser Beschluß wurde durch das Wojewodschafts-Gericht und die Wojewodschaft Posen genehmigt.

* **Bromberg,** 2. Januar. Zwei prachtvolle Exemplare von Fischottern sind dieser Tage von dem Vereinsfischmeister Herrguth in den Fischteichen an der Blumenschleuse mit Fallen gefangen worden. Diese Fischräuber hatten schon längere Zeit die Fischteiche geplündert. Beide Tiere waren vollständig ausgewachsen, von ungefähr gleicher Größe — vom Kopf bis zum Schwanzende 1,25 Meter lang — und hatten ein prachtvolles Fell. Sie wurden für zusammen 10 000 M. verkauft.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Inoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörse vom 4. Januar 1922.

Die Großhandelpreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	10 600—11 600	Weizenkleie	5300
Roggen	7 400	Roggenkleie	5200
Braugerste	7500—8000	Kartoffeln	3200—3500
Hafer	7500—8000	Schminkbohnen .	11 000—12 000
Weizenmehl 70 %	18 000—19 000	Leinsamen . . .	14 500—15 500
Roggenmehl 70%	10 000—11 000	Rübsen	13 000—14 000
Felderbsen	7500—8500	Odermennig . .	13 000—14 000

Fehlende Produkte ohne Handel. Weizen- u. Roggenmehl einschl. Säcke. Tendenz: ruhig.

Posener Viehmarkt vom 4. Januar 1922.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

I. Rinder: A. **Ochsen** I. Sorte 8500—9000 M., II. Sorte 6000—6750 M., III. Sorte 3000—3500 M. B. **Bullen** I. Sorte 8500—9000 M. II. Sorte 6000—6750 M., III. Sorte 3000—3500 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 8500—9000 M., II. Sorte 6000 bis 6750 M., III. Sorte 3000—3500 M. D. **Kälber** I. Sorte 9000 M., II. Sorte 7000—8000 M.

II. Schafe: I. Sorte —,— M., II. Sorte 5500—6000 M.

III. Schweine: I. Sorte 17 000—17 250 M., II. Sorte 15 500 bis 16 000 M., III. Sorte 12 000—13 500 M.

Der Auftrieb betrug: 280 Rinder, 335 Kälber, 181 Schafe, 1312 Schweine. Tendenz: lebhaft.

Berliner Börsenbericht

vom 3. Januar.

Diskonto-Komm.-Anleihe .	449.—	4% Pos. Pfandbriefe . .	23.—
Berliner Maschinen-Fabrik Schwarzkopf	1790.—	3 1/2 % Pos. Pfandbriefe .	23.—
Hartmann Masch.-Aktien	970.—	Polnische Noten	6.35
Düsseldorf. Waggonfabrik-Aktien	711.—	Auszahlung Warschau .	6.30
Schantung Eisenbahnanl.	550.—	Kriegsnoten	8—9
Neuguinea Comp.-Akt. . .	650.—	Dollar	188.—
R. Wolff	980.—	Englische Pfund	792.50
		Holländische Gulden . .	6975.—
		Schweizer Franken . . .	3655.—

Wetterbericht

unseres Wettersachverständigen vom 4. Januar 1922, früh: 9 Uhr.

	Luftdruck in mm	Temperatur (Cels.)	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.		Luftdruck in mm	Temperatur (Cels.)	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.
Posen	741,4	—1	WSW	8	Lemberg	747,1	—3	SSW	1
Bromberg	740,4	0	W	2	Berlin	743,0	+1	WSW	2
Warschau	742,4	0	SW	4	Stockh.	735,8	—	WNW	1
Lodz	743,5	—1	SW	2	Wien	748,1	0	W	4

Luftdruckverteilung über Europa: Die gestern über Finnland stehende Depression zieht langsam nach Rußland, und ein von der Westseite losgetrennter Teil hat sich selbständig gemacht und steht augenblicklich über Südschweden.

Voraussichtliches Wetter für den 5. Januar: Wechselnde Bewölkung, stellenweise noch leichte Schneefälle; Temperatur um 0 schwankend, ziemlich starke, nordwestliche Winde.

Ernst von Dryanders Lebenserinnerungen.

Zu den in den letzten Jahren veröffentlichten Lebenserinnerungen der Staats- und Kriegsmänner unserer Zeit sind soeben diejenigen eines führenden Geistlichen getreten. D. Ernst von Dryander, der Berliner Oberhofprediger, schenkt uns in seinen „Erinnerungen aus meinem Leben" (Bielefeld und Leipzig bei Velhagen und Klasing, geb. mit Zuschlägen M. 52,50) anziehende Beiträge zur inneren Geschichte der Kirche und ihrer Beziehungen zum Staate. Wir begleiten einen hochbegabten Theologen durch seine Lehr- und Wanderjahre, tun Blicke in sein Pfarrhaus und verfolgen seinen Aufstieg aus dem Pfarramte bis zu den höchsten Stellungen in der evangelischen Landeskirche von Preußen und sein Erleben in unserer größten und schwersten Zeit.

In diesem Rückblick auf ein reiches Leben, dessen Berufsarbeit auch weit ins Ausland hinausreichte, von London bis Jerusalem, spiegelt sich eine lange Reihe von Männern und Frauen, die in Wissenschaft, Staat, Kirche und sozialem Leben an hervorragender Stelle gestanden haben. Neben den Beziehungen des Verfassers zu dem Kaiserpaare, von denen in letzter Zeit wiederholt die Rede gewesen ist, zieht uns Nachlebende besonders an, was er aus seinen Erinnerungen an den ersten Reichskanzler zu berichten weiß. Wir geben in folgendem einen kurzen Auszug, der Bismarcks, des Menschen und des Staatsmannes, Stellung gegenüber Kirche und Christentum hell beleuchtet.

Nach Dryanders Ansicht wird Bismarcks immer wieder zutage tretende Abneigung gegen eine kirchliche Betätigung seiner Frömmigkeit „unzweifelhaft mit in den Eindrücken begründet gewesen sein, aus denen in der Jugend seine christliche Überzeugung sich gebildet hatte, und aus denen jene Wendung erwuchs, die wir als seine Bekehrung zu bezeichnen pflegen."

„Tatsächlich," sagt er, „war das fürstliche Haus trotz dieser Haltung seines Herrn von ausgesprochen ernster Frömmigkeit. Wie oft haben beide, Fürst und Fürstin, auf das Gebet als ihr tägliches Lebensbrot hingewiesen. Diese Frömmigkeit hatte namentlich auch in der altlutherischen Tradition der Fürstin ihren Grund. Die Kreise der pommerschen Erweckung aber, denen sie ihr Glaubensleben verdankte, hatten schwerlich einen besonderen Zug zur Landeskirche in ihr erweckt. Immerhin war das letztere frei und weit.

Ob wir nicht im Interesse der evangelischen Kirche alle Ursache haben, diese im altlutherischen Separatismus wurzelnde zurückhaltende Stellung des Fürsten zur Landeskirche zu bedauern, will ich hier nicht erörtern. Ich glaube allerdings, daß ihn eine wärmere Stellung zu ihr an jener abstrakten Anwendung des Paritätsprinzips, z. B. im Kulturkampfe, gehindert haben würde, das ein prinzipiell staatsfeindliches Kirchenwesen, wie das evangelische, mit genau denselben Waffen bekämpfte, wie das staatsfeindliche katholische."

Der Verfasser spricht dann von der kirchlichen Betätigung Bismarcks in seinem Hause und schildert ihre Höhepunkte in der alljährlichen österlichen Abendmahlsfeier: „Sie fand immer im Hause und in Gemeinschaft mit sämtlichen in Berlin anwesenden Kindern statt. Das erste Mal in der Karwoche des Jahres 1883. Bismarck stand im Kreise der Seinen vor mir, schwer von neuralgischen Schmerzen geplagt, das Angesicht durchfurcht, wie das eines Leidenden, mit bequemem schwarzen Rock und großem weißen Halstuch bekleidet, das mächtige durchdringende Auge, des Anfangs wartend, auf mich gerichtet. Es war ein Anblick von jener heroischen, durchgeisteten Kraft und der riesenhaften Größe, wie sie Begas in seinem Denkmal vor dem Reichstagsgebäude der Wirklichkeit abgelauscht hat. Und dennoch war in dem Angesicht ein Unterton von Herzensgüte und Freundlichkeit, der ein tiefes und starkes Vertrauen erwecken mußte. Die Feier aber des Sakraments gab dieser Haltung ihre besondere Auslegung. Darin bestand ja die Größe dieses einzigartigen Mannes: er fühlte sich, wie Luther, stark und trotzig gegenüber der ganzen Welt, weil er sich ohnmächtig wußte in seines Gottes Hand. Ohne Worte klang auch hier das Bekenntnis der Demut durch, dessen Bedeutung der Kanzler in Reden und Briefen so oft betont hat, daß es als ein charakteristisches Moment seiner Frömmigkeit bezeichnet werden kann."

Einen noch stärkeren Eindruck gleicher Art hatte Dryander bei der Abendmahlsfeier am Ostersonnabend, dem 3. April 1885, zwei Tage nach Bismarcks siebzigstem Geburtstage. Da hob der Geistliche in seiner Ansprache über das Wort des 18. Psalms: „Du reichst mir den Schild Deines Heils, und wenn Du mich demütigst, machst Du mich groß", hervor, in dem vorliegenden Spruche werde geradezu das Abtun der Größe gefordert und die Demütigung als der einzige Weg zur wahren Größe gepriesen. Der Fürst reichte ihm zum Schlusse mit warmem Druck die Hand mit den bestätigenden Worten: „Ja, es war viel Gnade!" „In dieser aufrichtigen Demut," sagt der Verfasser, „in der Kraft, mit der er die ihm verliehene und bewußt empfangene Gabe in unerschütterliche Pflichttreue umsetzte, lag nicht nur der Kern von Bismarcks persönlichem Christentum, es lag in beiden auch die Weltanschauung beschlossen, die allein imstande war, das Riesenwerk staatlicher Einigung und Erhebung der Nation zu einer bis dahin noch nie erstiegenen Größe siegreich zu beenden."

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 4. Januar.

Jahreswetterschau.

Der meteorologische Mitarbeiter der „Danz. Neuest. Nachrichten", Lehrer G. Paulwitz, schreibt in diesem Blatte folgendes:

1921.

Im vergangenen Winter ergab das astronomische Quartal vier Hochstände des Mondes. Es herrschte von Weihnachten bis zum Neumond anfangs Februar mildes Wetter, nur im Februar war schwacher Frost. Der März war durchweg warm. (Beim Hochstand Mitte April belaubten sich die Bäume, im Mai herrschten sommerliche Temperaturen, im Juni und Juli zeigte sich große Hitze, selbst der Hochstand im August, September und Oktober hatte warme Tage. Der Novemberhochstand unterbrach den Frost auf eine Woche und im Dezember folgte plötzlich Tauwetter.) Das astronomische Frühlingsquartal hatte vier Tiefstände zu verzeichnen, die, weil in Erdferne liegend, nicht recht zur Wirkung kamen. Doch brachte der letzte das vorausgesagte kalte Johanniswetter. Gewitter fanden statt im April, Mai, Juni bei Vollmond Neumond, im Juli, August und September bei den beiden Vierteln. Die vier Hochstände des Sommers machten denselben warm. Doch zeigten die Wetterstürze nach dem dritten und vierten, daß die Polarluft ebenso wie im Vorjahre weit vorgedrungen war. Die vier Hochstände des Herbstes zeigten diesen Kampf an, indem regelmäßig Wetterstürze folgten, von denen der im Oktober und Dezember sehr stürmisch waren, worauf dann regelmäßig Kälte eintrat. Der vergangene Sommer war beständig in der Wärme. Das Wachstum wurde durch die lange Trockenheit, die vorausgesagt war, ungünstig beeinflußt, was sich bei der Viehweide, der Heuernte und beim Gemüse zeigte. Gut gerieten Wintergetreide, Obst, Beeren, Wein und Zuckerrüben. Die Honigernte fiel vielfach schlecht aus, da der Weißklee vertrocknete. Bei dem warmen Oktober konnten die Feldfrüchte gut geborgen werden. Das Jahr begann trübe und feucht mit dem letzten Viertel und schließt ebenso mit dem schmalen jungen Mond als Hoffnungssichel für das neue Jahr; doch kommt derselbe zu Neujahr in Erdferne, so daß auf schönes trockenes Wetter zu rechnen ist.

1922.

Das astronomische Winterquartal hat drei Hoch- und vier Tiefstände des Mondes, dadurch wird der Winter dauerhaft, wenn wir auch bei jedem monatlichen Hochstande auf Milderung rechnen können. Das Wetter ist häufig stürmisch bei nur mäßiger Kälte. Im Gegensatz zum Vorjahre dürfen wir erst mit Beginn des astronomischen Frühlings auf Eintritt dieser lieblichen Jahreszeit hoffen. Der Frühling hat vier Hochstände und müßte also bei der schnell steigenden Sonne recht warm werden. Da aber die Polarluft als Folge der häufigen Tiefstände wirksam sein wird und der Abstand des Mondes vom Aquator 10 Grad geringer ist als z. B. 1913, so ist bei, vor oder nach den Hochständen immer wieder mit dem Vordringen der Kälte zu rechnen. Frühlingsfröste (Aprilschnee) stehen in Aussicht. Hinzu kommt, daß es an Niederschlägen fehlen wird, was nur ungünstig auf das Pflanzenwachstum wirken kann. Der Sommer hat fast gleichviel Hoch- und Tiefstände, er müßte ziemlich warm werden. Doch infolge des genannten Mindestabstandes des Mondes kommt es nur selten zu größerer Hitze. Im September kommen schon kalte Tage vor. Die Getreideernte wird nicht so früh sein wie 1921, erst nach Mitte Juli oder später. Die Niederschläge werden vielleicht genügen. Der Herbst hat vier Tiefstände. Im Oktober geht das Wetter noch an, im November breitet sich schon Kälte aus und das Jahr schließt ähnlich wie das vergangene. Durch den Frühling ist 1922 kein gutes Jahr.

Versteuerung der Jagdpachtverträge. Die Jagdpächter haben bis spätestens Ende Januar 1922 alle mündlich oder schriftlich abgeschlossenen Jagdpachtverträge im Urząd Skarbowy zur Entrichtung der Stempelsteuer anzumelden.

---

* **Tuchel, 3. Januar.** Ein Mordanschlag wurde hier auf den Kommandanten der Staatspolizei ausgeführt. Als er das Haus betreten wollte, feuerte ein Unbekannter sechs Revolverschüsse auf ihn ab, die glücklicherweise fehlgingen. 20 000 Mark Belohnung sind auf die Ergreifung des Täters ausgesetzt.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.